



Keine Macht für G 8 - weder global noch lokal!

Protest gegen die Brutalisierung der Ausbeutung der Arbeitskraft !

Die Oberhäupter der 8 größten Wirtschaftsmächte der Welt (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland) treffen sich vom 6.-8.6.2007 in Rostock - Heiligendamm. Im Rahmen der "Global Governance" regulieren sie die Weltwirtschaft.

Die damals G5 entstanden 1975, um einer Weltwirtschaftskrise entgegenzusteuern. Die Anzeichen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital verstärkten die Gefahr des Ausbruchs einer weltweiten tiefgreifenden Rezession. Ein gewaltiger anwachsender globaler Kapitalberg und die freie Wechselkurse können jederzeit die Finanzmärkte zum Einbrechen bringen. Die G8 wollen die "weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte" wie das wachsende Leistungsbilanzdefizit der USA oder die Exportüberschüsse von Deutschland, Japan und China wegen des schwächelnden Dollars in Griff bekommen. Die USA will auch künftig von der ganzen Welt durchgefüttert werden. Ein Thema des G8-Spitzentreffens ist die Energiepolitik. Mit brutalem Rohstoffimperialismus werden Völker wie z.B. Afghanistan, Irak, Iran gezwungen, mit Zugängen zu fossilen Energieträgern (Erdöl) ihren Tribut dazu leisten. Tun sie dies nicht freiwillig, werden Kriege entfacht und immer schrecklichere Militärsysteme zum Einsatz gebracht. In Konkurrenz und Kooperation entwickeln die G8 neue imperialistische Strategien zur Flüssigmachung aller noch nicht erschlossenen Ressourcen rund um den Globus zum Nutzen der Profite transnationaler Konzerne. Dies bewirkt verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung und treibt die Welt an den Rand einer wirtschaftlichen, sozialen, militärischen und ökologischen Katastrophe.

G8 global

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (Lenin) ist durch eine "Akkumulation durch Enteignung" geprägt. Dem "neuen Imperialismus" (D. Harvey) sind Prozesse immanent wie die Kommerzialisierung und Privatisierung des Bodens, z.B. durch die gewaltsame Vertreibung bäuerlicher Landbevölkerung von den Paramilitärs in Kolumbien auf Geheiß transnationaler Konzerne. Zur Profitmaximierung werden fieberhaft neue Anlagesphären für Kapital gesucht. So werden verschiedene Formen von Eigentumsrechten (öffentlich, kollektiv usw.) in exklusive Privateigentumsrechte umgewandelt. Arbeitskraft wird Handelsware: Afrikanische Kontraktarbeiter aus Mali sollen befristet in europäischen Unternehmen angewendet werden. Das Recht auf Nutzung des Gemeindelandes wird unterdrückt ebenso wie alternative (traditionelle) Produktions- und Konsumformen. Koloniale, neokoloniale und imperialistische Prozesse der Aneignung von Vermögenswerten (einschl. natürlicher Ressourcen) werden forciert. Mit Klimaschutzaktivitäten wie z.B. dem Emissionshandel wollen G8-Staaten Aufforstungsprogramme in hochverschuldeten Ländern realisieren; sie okkupieren damit gleichzeitig deren Grund und Boden. Überschuldete Länder verlieren so Entwicklungs- und Entschuldungschancen; ihre Menschen werden versklavt. Zum Beispiel malochen mehr als 10 Prozent der philippinischen Erwerbstätigen fast ganzjährig außer Landes, meist auf Schiffen oder Militärbasen. Der Tausch wird monetarisiert, insb. Land besteuert; Wucher, Staatsverschuldung, Kreditwesen wachsen. Die Zinsraten werden niedrig gehalten, die Devisenreserven der Notenbanken erhöht. Grossanleger in der Finanz- und Immobilienbranche (Hedgefonds, REITs) saugen z.B. MieterInnen in privatisierten, ehemals öffentlichen Wohnungen aus.

G8 lokal

In der BRD wurden kommunale Versorgungsbetriebe (Strom, Wasser, Gas, Fernwärme) privatisiert, jetzt sind Wohnungsbetriebe dran. Monetarisiert wird Bildung (z.B. Studiengebühren für Hochschulen) und Gesundheit (Medikamente, Behandlungen). Krankenkassen wandeln sich zu Versicherungskonzernen. In Berlin soll die Sparkasse verkauft werden. Alg II-Empfangenden werden Rechtsansprüche und Schonvermögen vorenthalten. G8 lokal heißt wachsende Erwerbslosigkeit, das Aussaugen kleiner Selbständiger, sinkende Löhne und längere Arbeitszeiten bei Beschäftigten, boomende Leih- und Zeitarbeit. Sozialleistungsbeziehende werden mit umfassendem Datenabgleich der Ämter verfolgt und kriminalisiert. MigrantInnen und Fürsorgebeziehende sind einer Residenzpflicht ausgesetzt. Die BRD entwickelt sich zur "Erziehungsdiktatur", die Menschen vorschreibt, wie sie zu leben, ihre Kinder zu erziehen, sich zu verehelichen haben oder wo sie nicht rauchen dürfen u.ä.

Die Verunsicherung vieler Menschen wächst angesichts der massiven Beobachtung und Verfolgung über Techniksysteme (Videokamera, Handy, Telefonmitschnitt, Vorratsdatenspeicherung von Privat-PC's, Wanzen in PC-Tastaturen, biometrische Pässe, GPS). Wegen der Neustrukturierung von Bundes- und Länderpolizei und Verfassungsschutz wegen der "Anti-Terror-Maßnahmen" ist eine wachsende Repression gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen zu befürchten. Harte Polizeieinsätze gibt es sogar bei Demonstrationen gegen Hartz IV. Nach Einschätzung der Internationalen Roten Hilfe reichen z.B. in Spanien für die Verhängung jahrzehntelanger Gefängnisstrafen Bekenntnisse zu "Unabhängigkeit" und "Sozialismus" aus.

Sind erst alle Bereiche der Daseinfürsorge und der -vorsorge privatisiert, ist eine demokratische Einflussnahme von Ländern und Kommunen ausgeschlossen. Das zeigt sich z.B. in Chile. Alles funktioniert dann im Konzerninteresse. Politische und soziale Rechte sowie besondere Interessen von Bevölkerungsgruppen (z.B. eigene Sprache) werden unterdrückt. In diesem Sinne dürften wir Christian Klar verstehen, der in einer Grußbotschaft an die Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin am 13. Januar 2007 übermittelte: *"Die spezielle Sache dürfte sein, dass die in Europa ökonomisch gerade abstürzenden großen Gesellschaftsbereiche den chauvinistischen 'Rettern' entrissen werden. Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen".*

Was können Wir tun!

Wir wollen solchen Entwicklungen nicht tatenlos zusehen. Denn wegen G8-Regulierungen, deren alleiniger Zweck die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Profitmaximierung der Konzerne ist, drohen uns weitere Absenkungen der Sozialleistungen, Zwangsdienste ohne Mehraufwand, Arbeit ohne existenzsichernde Bezahlung, gesellschaftliche Ausgrenzung, Wohnungsverlust, Schikane, Einmischung ins Privatleben, Strafen wegen der Residenzpflicht, die Kriminalisierung der unabhängigen Sozialberatung, die Erschwerung der Rechtsmitteleinlegung und Obdachlosigkeit.

Wir unterstützen alle Erwerbslosenkoordinationen, -verbände, und -initiativen bei ihren lokalen Protesten gegen die G8 und in Rostock. Viele von uns können wegen der Residenzpflicht sowie fehlenden Reise- und Unterbringungskosten nicht in Rostock sein. Daher rufen wir alle Initiativen auf, die Aktivitäten der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung in den jeweiligen Städten, die die Euro-MarschiererInnen durchqueren, zu befördern.

Am Runden Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung arbeiten mit: Arbeitslosenverband Deutschland e. V. (ALV), Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e. V. (BAG SHI), Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung (Euromärsche), Koordinierungsausschuss gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen(KOA), landesweite u. regionale Koordinationen und Erwerbsloseninitiativen, bundesweite Erwerbslosenzeitung *quer*, ver.di Landesbezirkserwerbslosenausschüsse Nds./Bremen, Hessen, Ba-Wü., Arbeitsloseninitiative Thüringen, Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen BBI e.V./ V.i.S.d.P.:A.Allex, 10243 Berlin.